

# Expertenurteil ernst nehmen – Kinder fördern statt befördern. Gesetzentwurf zu ABC-Klassen zurückziehen und Chancen-Jahr in der Kita umsetzen zu dem „Gesetz zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz)“

## Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/18115

Drucksache 18/20559 · eingebracht 2026-07-16 – Antragsteller: **SPD**

Bildung

Frühkindliche Bildung

Inklusion

Soziale Gerechtigkeit

### ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD fordert den Rückzug des Landesgesetzes zu 'ABC-Klassen' und stattdessen die Einführung eines gemeinwohlorientierten 'Chancenjahres' in Kitas mit stärkerer Fachkraftausstattung, alltagsintegrierter Förderung und verbessertem Kita-Schul-Übergang.

### KERNFORDERUNGEN

- Ablehnung der ABC-Klassen als segregierend und pädagogisch fragwürdig
- Einführung eines Chancenjahres in der Kita vor der Einschulung
- Umschichtung der ABC-Mittel in Kita-Personal, Sprachförderung und Familienzentren
- Stärkung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern
- Verbindliche Gestaltung des Übergangs Kita–Grundschule

### BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

**Uneingeschränkt unterstützen**

Der Antrag setzt konsequent auf frühkindliche, alltagsintegrierte Förderung in Kitas — ein zentraler GWÖ-Ansatz für soziale Gerechtigkeit (D4), ökologische Nachhaltigkeit (E3 durch Vermeidung von Transportressourcen) und Transparenz & Mitbestimmung (D5 durch Elternpartnerschaft). Er lehnt Segregation ab und stärkt die Fachkräfteautonomie (C3), was Menschenwürde (D1) und Solidarität (D2) fördert. Die Fokussierung auf systemische Stärkung statt Defizitverwaltung entspricht der GWÖ-Matrix 2.0 in allen berührten Feldern mit hoher Konsistenz.

## STÄRKEN & SCHWÄCHEN

### Stärken

- Konsequente Ablehnung segregierender Maßnahmen
- Fokussierung auf alltagsintegrierte Förderung in Kitas
- Klare Forderung nach Umwidmung von Mitteln in gemeinwohlorientierte Infrastruktur
- Starke Verankerung in wissenschaftlicher Evidenz und Praxisfeedback

### Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungsquelle für das Chancenjahr genannt
- Keine klare Regelung zur Mitwirkungspflicht der Kommunen
- Keine Verankerung von Gender- und Diversitätskompetenz in der Qualifizierung

## GWÖ-MATRIX 5x5

|                          | WÜRDE | SOLIDARITÄT | NACHHALTIG-KEIT | GERECH-TIGKEIT | TRANSPARENZ |
|--------------------------|-------|-------------|-----------------|----------------|-------------|
| A • LIEFERANT:-INNEN     | .     | .           | .               | .              | .           |
| B • FINANZEN             | .     | .           | .               | .              | .           |
| C • VERWALTUNG           | .     | .           | ++              | .              | .           |
| D • BÜRGER:INNEN         | ++    | ++          | ++              | ++             | ++          |
| E • GESELLSCHAFT & NATUR | .     | .           | ++              | .              | .           |

++ stark fördernd    + fördernd    o neutral    - widersprechend    -- stark widersprechend

## SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

### D1 Menschenwürde im Umgang mit Kindern Bewertung: +5

Keine Stigmatisierung, keine Separation, Respekt vor Entwicklungsbedingungen

### D2 Solidarität durch inklusive Bildung Bewertung: +5

Förderung aller Kinder im gemeinsamen Setting, kein Aussortieren

### D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Stärkung der Kita als Daseinsvorsorge-Institution mit Fachkräften, Sprachförderung, Familienzentren

### E3 Zukunftswirkung: Bildungsbiografien von Anfang an Bewertung: +5

Prävention statt Reparatur, langfristige Senkung von Bildungsungleichheit

**SPD**

ANTRAGSTELLER:IN

**WAHLPROGRAMM**

10/10

Der Antrag spiegelt Kernforderungen des SPD-Wahlprogramms 2022 exakt wider: gebührenfreie frühkindliche Bildung, Chancengleichheit, Inklusion, Stärkung der Kita als Lernort und Ablehnung von Segregation. Die Forderung nach einem 'Chancenjahr' korrespondiert direkt mit dem Versprechen, jedes Kind auf seinem Weg zu begleiten – wie in den Abschnitten zur Sprachförderung, Bildungslotsen und inklusiven Schulen.

„Mit uns wird künftig jedes Kind einen Anspruch auf ein Bildungslotsen-Angebot haben!“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 26

„Wir wollen Schulen, in denen Kinder mit körperlichen, geistigen oder emotionalen Herausforderungen jederzeit willkommen sind.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 28

**PARTEIPROGRAMM**

9/10

Das Hamburger Programm betont Bildung als Schlüssel sozialer Teilhabe (Q7), sprachliche Integration im Kindesalter (Q9) und die Verantwortung des Staates für frühkindliche Förderung. Der Antrag geht darüber hinaus, indem er strukturelle Reformen (Chancenjahr, Umwidmung von Mitteln) konkretisiert – bleibt aber vollständig im Rahmen der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

**GRÜNE****WAHLPROGRAMM**

10/10

Der Antrag ist vollständig kompatibel mit dem grünen Wahlprogramm: Ablehnung von Segregation, Forderung nach inklusiver frühkindlicher Bildung, Stärkung der Kita als Ort alltagsintegrierter Förderung, Ausbau von Familienzentren und multiprofessionellen Teams – alles zentrale Punkte in S. 55–57. Die Kritik an der Entfremdung von Kindern aus ihrem vertrauten Umfeld entspricht genau der grünen Betonung von Beziehung und Kontinuität.

„Wir werden jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr ein gutes Angebot für frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung machen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 56

„Die kulturelle Bildung in Kitas werden wir stärken, damit diese auch im Vorschulalter keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 57

**PARTEIPROGRAMM**

10/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert frühkindliche Bildung als Grundlage für Chancengleichheit (Q17), inklusive pädagogische Konzepte (Q19) und die Notwendigkeit guter Personalschlüssel (Q17). Der Antrag operationalisiert diese Prinzipien präzise – etwa durch Forderung nach zusätzlichen Fachkräften und Qualifizierung. Kein Widerspruch; volle Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## CDU

### WAHLPROGRAMM

3/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Positionen: Er lehnt das vom CDU-geführten Schulministerium initiierte Modell der schulischen Vorkurse ab und kritisiert explizit die Rolle der 'schulischen Expertise' (Q24, Q26). Die CDU setzt stattdessen auf frühe Sprachtests und verpflichtende Sprachförderung vor der Einschulung – ein Ansatz, den der Antrag als stigmatisierend und systemfremd ablehnt. Auch die Forderung nach Umwidmung von Mitteln weg von Schulinfrastruktur widerspricht dem CDU-Fokus auf Schulreform ('Masterplan Grundschule').

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM

4/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Subsidiarität und föderale Verantwortung, aber auch die Notwendigkeit einer starken Schule (Q27). Der Antrag stellt jedoch die Kita als primären Bildungsort über die Schule – eine Wertentscheidung, die nicht mit dem CDU-Menschenbild vereinbar ist, das Bildungserfolg an schulischen Strukturen misst. Dennoch enthält er Elemente wie Familienzentren, die mit CDU-Positionen zur Familienförderung (Q25) übereinstimmen.

„Deshalb wollen wir besonders die Sprachfähigkeit von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne fördern.“

CDU NRW Grundsatzprogramm 2015, S. 22

## FDP

### WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht grundlegenden FDP-Prinzipien: Er fordert massive staatliche Investitionen, neue Personalstellen und zentral gesteuerte Programme – entgegen dem FDP-Leitgedanken der Eigenverantwortung, Marktorientierung und Bürokratieabbau. Die Kritik an 'neuer Bürokratie' richtet sich nicht gegen den Staat per se, sondern gegen die FDP-Position, dass private Träger und individuelle Lösungen effizienter seien. Die FDP lehnt gesetzliche Tariftreue und Zwangsmaßnahmen ab – hier wird indirekt eine stärkere Steuerung der Kita-Qualität gefordert.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM

2/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## AfD

### WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag widerspricht allen zentralen AfD-Positionen: Er setzt auf frühkindliche Förderung für alle Kinder unabhängig von Herkunft, betont Mehrsprachigkeit und Inklusion – während die AfD 'Gendersprache', 'Klimaideologie' und 'Einheitsbrei' ablehnt und stattdessen auf Leistungsprinzip und traditionelle Familienbilder setzt. Die Forderung nach 'Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern' steht im Gegensatz zur AfD-Kritik an staatlicher Einflussnahme in der Erziehung. Keine Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

### PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

## VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

### Vorschlag 1 von 3

Original: ein Chancenjahr in der Kita vor der Einschulung einzuführen. Das Chancenjahr soll Kinder stärken statt aussortieren und die Förderung von Sprache, Motorik, sozialen Kompetenzen und Lernentwicklung miteinander verbinden.

ein gesetzlich verankertes Chancenjahr in der Kita vor der Einschulung einzuführen, das alle Kinder unabhängig von Förderbedarf umfasst und die Förderung von Sprache, Motorik, sozialen Kompetenzen und Lernentwicklung miteinander verbindet. Kinder stärken statt aussortieren

Begründung: Vermeidet implizite Defizitlogik ('Förderbedarf') und stärkt universelle Zugänglichkeit – entspricht GWÖ-Wert 'Solidarität' (Wert 2) und 'Menschenwürde' (Wert 1).

### Vorschlag 2 von 3

Original: die für die ABC-Klassen vorgesehenen Mittel in die frühe Bildung umzuschichten und damit vorrangig zusätzliche Fachkräfte und Sprachförderkräfte in Kitas sowie multiprofessionelle Teams und die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte zu finanzieren.

die für die ABC-Klassen vorgesehenen Mittel in die frühe Bildung umzuschichten und damit vorrangig zusätzliche Fachkräfte mit festen Stellen, Sprachförderkräfte mit tariflicher Bezahlung, multiprofessionelle Teams und die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte zu finanzieren.

Begründung: Explizite Verankerung von Tariftreue und Arbeitsplatzsicherheit stärkt 'Soziale Gerechtigkeit' (Wert 4) und 'Solidarität' (Wert 2) – zentrale GWÖ-Werte und SPD-Wahlprogramm-Ziel (13€ Mindestlohn, Tariftreue).

### Vorschlag 3 von 3

Original: den Übergang zwischen Kita und Grundschule verbindlich zu organisieren und durch regionale Kooperationen zwischen Kitas, Grundschulen, Jugendhilfe, Familienzentren und Gesundheitsdiensten zu verbessern.

den Übergang zwischen Kita und Grundschule rechtlich verbindlich zu organisieren und durch regionale Kooperationen zwischen Kitas, Grundschulen, Jugendhilfe, Familienzentren und Gesundheitsdiensten zu verbessern, unter Einbindung von Elternvertreter:innen in regionalen Übergangsbeiräten.

Begründung: Stärkt 'Transparenz & Mitbestimmung' (Wert 5) und 'Solidarität' (Wert 2) durch institutionelle Beteiligung – entspricht GWÖ-Matrix Feld D5 und grünem Wahlprogramm zur Bürger:innenbeteiligung (Q11, Q15).

## ABSTIMMUNGSERGEBNIS

**Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung** — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

### Abgelehnt · MMP18-128

Ja: FDP ! SPD Nein: AfD CDU GRÜNE △

△ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match  $\geq 7/10$ ) · ! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch  $< 3/10$ )

# Original-Antrag

Drucksache 18/20559

Expertenurteil ernst nehmen · Kinder fördern statt befördern. Gesetzentw.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

16.07.2026

# Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**Expertenurteil ernst nehmen – Kinder fördern statt befördern. Gesetzentwurf zu ABC-Klassen zurückziehen und Chancen-Jahr in der Kita umsetzen**

zu dem „**Gesetz zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/18115

## I. Ausgangslage

„Beratungsresistent.“ Das ist der Begriff, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Träger, Elternvertretungen, Kinderschützer und Gewerkschaften nutzen, wenn Sie ihrem Entsetzen Ausdruck verleihen, dass die schwarz-grüne Landesregierung ungerührt an ihrem Vorhaben festhält, in Nordrhein-Westfalen als „ABC-Klassen“ verbrämte schulische Sprachkurse für Kita-Kinder mit Förderbedarf einzuführen: „Es ist erschreckend, wie beratungsresistent sie bei den ABC-Klassen ist. Trotz zahlreicher Hinweise der Verbände und Wissenschaftler in der Expertenanhörung sowie zig Untersuchungen, hat sie alle Empfehlungen in den Wind geschlagen und hält unverändert an ihrem Ursprungsplan fest“<sup>1</sup>, urteilte etwa die emeritierte Erziehungswissenschaftlerin, Professorin Renate Zimmer über die Politik von Schulministerin Dorothee Feller und der schwarz-grünen Landesregierung.

Die Anhörung im Landtag hat schonungslos offengelegt, dass das Vorhaben in seiner derzeitigen Form weder pädagogisch überzeugt noch organisatorisch tragfähig ist. Sachverständige aus Wissenschaft, Kommunen, Verbänden, Gewerkschaften und Praxis haben die geplanten ABC-Klassen überwiegend kritisch bewertet. Nicht das Ziel der Sprachförderung wird infrage gestellt – sondern der Weg der Landesregierung. Statt die frühkindliche Bildung zu stärken, schafft die Landesregierung ein neues bürokratisches Parallelsystem. Statt Kinder dort zu fördern, wo sie lernen und leben, sollen sie aus ihren vertrauten Bildungssettings herausgelöst werden. Statt in zusätzliche Fachkräfte in Kitas zu investieren, plant die Landesregierung Millionenbeträge für Transport, Verwaltung und Begleitstrukturen auszugeben. Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass erfolgreiche Sprachförderung auf stabilen Beziehungen, vertrauten

---

<sup>1</sup> [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/sprachfoerderung-nrw-experten-gegen-abc-klassen-plaene\\_aid-151043147](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/sprachfoerderung-nrw-experten-gegen-abc-klassen-plaene_aid-151043147)

Bezugspersonen und alltagsintegrierten Lernprozessen basiert. Genau diese Voraussetzungen werden durch die ABC-Klassen geschwächt statt gestärkt. Besonders gravierend ist, dass die Landesregierung rund 1.650 zusätzliche Lehrkräfte benötigt, obwohl die Schulen schon heute unter erheblichem Lehrkräftemangel leiden und 7.700 Stellen nicht durch Lehrerinnen und Lehrer besetzt sind. Die Landesregierung hat bislang nicht überzeugend dargelegt, woher dieses Personal kommen soll. Gleichzeitig sollen jährlich rund eine Viertelmilliarde Euro eingesetzt werden, während Kitas vielerorts unter Fachkräftemangel, fehlender Sprachförderung und unzureichender Unterstützungssysteme leiden. Allein die vorgesehenen Transportkosten in dreistelliger Millionenhöhe zeigen die Fehlkonstruktion des gesamten Vorhabens.

Das Schulministerium in NRW schlägt einen Weg ein, zu dem von Anne Deimel (VBE) in der Anhörung zum 18. Schulrechtsänderungsgesetz deutliche Worte findet: „Für mich beginnt damit das Drama dieses Konzeptes.“<sup>2</sup> Was das aber konkret für den Tag bedeutet, zeigt sie an einem Beispiel: „Das fängt in der Kita an. Dort muss darauf geachtet werden: „Oh, du musst ja jetzt gleich zur Sprachförderung. Komm, wir ziehen dich schon einmal an. – Dann wartet man auf den Bus, der kommt und holt das Kind ab. Anschließend sitzt das Kind im Bus, es gelangt an den Förderort, nach der Förderung steht das Kind wieder da, wieder kommt der Bus. Es ist unglaublich, welche vertane Zeit in diesem System steckt, die für die Kinder so wichtig wäre.“<sup>3</sup> Der Kinderschutzbund fasst zusammen: „Im Übrigen kann man das auch nicht Klassen nennen. Das sind separierende Sondergruppen.“<sup>4</sup> Zur Frage der Kosten und des Nutzens führt er fort: „Es kann doch nicht ernst gemeint sein, dass Kinder getestet werden, Förderbedarf festgestellt wird, sie in den Vorkurs kommen, danach in die Kita zurückkehren und die Einrichtungen nach vollkommen unterschiedlichen Konzepten arbeiten.“<sup>5</sup>

Stefan Spieker, der als Vertreter der Fröbel-Kitas für über 250 Einrichtungen spricht, macht einen weiteren Punkt sehr deutlich: „Ich würde aber gerne auch die auf das System bezogenen Risiken beleuchten. Seit über 20 Jahren gibt es diesen Change, dass frühkindliche Einrichtungen als Bildungseinrichtungen und nicht nur als Betreuungseinrichtungen betrachtet werden. Das war eine Veränderung im System und wir haben große Fortschritte gemacht. Zwar sind wir nicht am Ende und nicht am Ziel, aber das ist jetzt wirklich ein Schlag für alle, die sich dafür engagiert haben. Im System kommt nämlich an: Ihr könnt es nicht. Ihr könnt damit nicht umgehen. Ihr könnt Bildung nicht. Wenn es jemand kann, dann ist es die Schule. – Das erleben wir bei unseren Leitungen und bei unseren Fachkräften.“<sup>6</sup> Was vom Sachverständigen hier angedeutet wird, ist ein klares Misstrauen gegen das System der frühkindlichen Bildung und dieses wird durch Ministerin Feller in einem Artikel in der RP vom 6.7. weiter befeuert: „Aus diesem Grund spielt auch und gerade die schulische Expertise eine gewichtige Rolle.“ Mit den ABC-Klassen könne man sicherstellen, dass die Kinder wirklich und verlässlich eine qualitativ hochwertige Förderung erhielten.“<sup>7</sup>

Timm Albers führt weiter aus: „Auch der Umfang der Sprachförderung wird wahrscheinlich dazu führen, dass die Effekte im Hinblick auf die Kinder verpuffen.“<sup>8</sup> Also bleibt für diese Kinder auch am Ende der Maßnahme: du bist nicht gut genug. Der Landesregierung, vor allem dem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, der Kinderministerin Verena Schäffer und der Schulministerin Dorothee Feller müsste man nun für ihre Arbeit attestieren: Thema verfehlt, setzen, sechs.

<sup>2</sup> APr 18/1225, S. 15

<sup>3</sup> APr 18/1225, S.16

<sup>4</sup> APr 18/1225, S. 17

<sup>5</sup> APr 18/1225, S. 17

<sup>6</sup> APr 18/1225, S. 13f.

<sup>7</sup> [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/sprachfoerderung-nrw-experten-gegen-abc-klassen-plaene\\_aid-151043147](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/sprachfoerderung-nrw-experten-gegen-abc-klassen-plaene_aid-151043147)

<sup>8</sup> APr 18/1225, S. 8

Die Anhörung hat ein eindeutiges Signal gesendet: Die Sprachförderung muss gestärkt werden. Die ABC-Klassen sind dafür jedoch nicht das geeignete Instrument. Sachverständige sprechen von hohen Kosten, fehlender Praxistauglichkeit, unnötiger Bürokratie, Stigmatisierungsrisiken und einer Förderung am falschen Ort. Die Landesregierung plant ein System, das Kinder durch das Land transportiert, Lehrkräfte bindet, neue Verwaltungsstrukturen schafft und gleichzeitig die eigentlichen Probleme unangetastet lässt: Personalmangel in Kitas, fehlende frühe Förderung und unzureichende Unterstützung von Familien. Statt Millionen in ein fragwürdiges Parallelsystem zu investieren, muss Nordrhein-Westfalen dort handeln, wo Bildungsbiografien beginnen – in den Kitas. Nicht Kinder müssen sich an ein gescheitertes System anpassen. Das System muss sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren: Früh fördern statt spät reparieren. Kitas stärken statt ABC-Klassen schaffen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst zeigt sich in einem Artikel des NW vom 24.6.2026 wenig beeindruckt von der massiven Kritik: „Dann gibt’s andere schlaue Leute, die sagen: ‘Oh nein, ihr könnt doch nicht die Kinder vom Kindergarten zur Schule fahren oder bringen oder laufen lassen.’“ Das seien aber, so Wüst, die gleichen Kinder, die nachmittags „zum Ballett, zur Musikschule oder zum Fußball“ gefahren würden– „aber tagsüber sollen sie nicht zur Schule fahren? Was für ein Quatsch.“<sup>9</sup>

98 Prozent der Kinder in NRW besuchen im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung Kitas. Wer Kinder aus ihren Kitas herauslöst, verschlechtert bewährte Bildungsbeziehungen. Wer hunderte Millionen Euro in Beförderung und neue Bürokratie investiert, statt Kitas zu stärken, setzt die falschen Prioritäten. Die Antwort auf Bildungsungleichheit kann nicht darin bestehen, Defizite kurz vor Schulbeginn zu verwalten. Es geht darum, die Zugänge zu frühkindlicher Bildung zu vereinfachen und den Rechtsanspruch der Kinder auf Bildung und Betreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zu erfüllen. Die Antwort muss sein, Kinder von Anfang an wirksam zu fördern. Nordrhein-Westfalen braucht keine ABC-Klassen. Nordrhein-Westfalen braucht starke Kitas, starke Familienzentren und einen verlässlichen Übergang in die Grundschule. Was NRW braucht, ist darauf aufsetzend ein gut ausgestattetes Chancenjahr in der Kita, statt neuer und teurer Parallelstrukturen.

## II. Feststellungen

Der Landtag stellt fest:

- Kinder müssen vor der Einschulung besser in ihren sprachlichen, motorischen und sozial-emotionalen Fähigkeiten unterstützt werden. Die Kita ist dafür der geeignete Lernort und die alltagsintegrierte Förderung der wissenschaftlich bewährte Ansatz.
- Kinder fördern, statt sie zu befördern muss das Ziel sein. Die Busfahrten für Kinder mit Förderbedarfen, die ABC-Klassen mit sich bringen, sind finanziell wie pädagogisch eine Ressourcenverschwendung.
- ABC-Klassen setzen unabhängig vom Ort der Durchführung auf Segregation und sind pädagogisch nicht auf die Lernbedingungen ausgerichtet, die Kinder in diesem Alter benötigen, um sich zu entwickeln.
- die ABC-Klassen werden von weiten Teilen der Wissenschaft, der Eltern, der Träger und der Akteure des Kinderschutzes abgelehnt.

<sup>9</sup> NRW verteidigt Pläne für Abc-Klassen - Neue Westfälische - Bielefelder Tageblatt Bielefeld West (Hauptausgabe) vom 24.06.2026

- ABC-Klassen senden ein Signal des Misstrauens an die frühkindliche Bildung, deren Fachkräfte explizit für die Sprachförderung dieser Altersgruppe ausgebildet sind und deren Arbeitsbedingungen sich durch die parallel diskutierte KiBiz-Revision weiter verschlechtern werden.

### III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Einführung der ABC-Klassen zu stoppen und das 18. Schulrechtsänderungsgesetz zurückzuziehen.
- ein Chancenjahr in der Kita vor der Einschulung einzuführen. Das Chancenjahr soll Kinder stärken statt aussortieren und die Förderung von Sprache, Motorik, sozialen Kompetenzen und Lernentwicklung miteinander verbinden.
- dazu die für die ABC-Klassen vorgesehenen Mittel in die frühe Bildung umzuschichten und damit vorrangig zusätzliche Fachkräfte und Sprachförderkräfte in Kitas sowie multiprofessionelle Teams und die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte zu finanzieren.
- die alltagsintegrierte Sprachförderung bereits ab dem Kita-Eintritt systematisch auszubauen.
- die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit den Eltern auszubauen und dafür besonders Familienzentren qualitativ wie quantitativ auszubauen.
- den Übergang zwischen Kita und Grundschule verbindlich zu organisieren und durch regionale Kooperationen zwischen Kitas, Grundschulen, Jugendhilfe, Familienzentren und Gesundheitsdiensten zu verbessern.
- das Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ mit dem Ziel auszubauen, jedem Kind unabhängig von Herkunft, Familiensprache und sozialem Hintergrund die bestmöglichen Bildungs- und Teilhabechancen zu eröffnen, indem die Zugänge zu den Kitas niedrigschwelliger gestaltet werden, um den Rechtsanspruch aller Kinder erfüllen zu können.

Jochen Ott  
Ina Blumenthal  
Dr. Dennis Maelzer  
Christian Dahm  
Dilek Engin  
Justus Moor

und Fraktion